

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

149 (29.3.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Verlagspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—, in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.
Anzeigengebühr: Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Reklamazeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigenannahme: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Kirchstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Notizen, Nachrichten, Gerichtsamt, Sport, Handel und legte Drachberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 10 bis 11 Uhr, nachmittags 1/2 6 bis 1/2 8 Uhr
Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Kirchstr. 9, Karlsruhe

Nr. 149 76. Jahrgang. Karlsruhe, Donnerstag, 29. März 1917 76. Jahrgang. Mittagsblatt

Der Weltkrieg.

Deutscher Abendbericht.

W. W. Berlin, 28. März, abends. (Amtlich.)
Im Westen für uns günstiges Gefecht bei Croiselles (nord-nördlich von Bapaume); in der Champagne und an dem westlichen Ufer der Maas lebhafteste Feuertätigkeit.
Aus dem Osten und von der mazedonischen Front keine besonderen Ereignisse gemeldet.

Die deutschen Maßnahmen im geräumten Gebiet.

Berlin, 28. März.
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die deutschen Räumungsmaßnahmen zwischen Arras und Wallu u. a.:
Die Zerstörungen in dem von den Deutschen geräumten Gebiet sollen nicht geübertreiben werden. Das ist auch nicht nötig. Sie waren lediglich eine bittere und unumgängliche militärische Notwendigkeit. Um so stärker sei Eindruck erhoben gegen die haltlosen, bölligen aus der Luft geäußerten Anschuldigungen, als hätte die deutsche Heeresleitung irgendwo unnötige Härte geübt, als wäre sie mit der Zerstörung auch nur um Haarsbreite über das Maß des militärisch Gebotenen hinausgegangen.
In erster Linie wurden alle Brücken und Wege gegenwärtig alle Bahnen abgebaut. Aber auch die Wälder mußten fallen, denn dem Feind mußte alles Material für Bauten und Befestigungsarbeiten, jede Deckung gegen Sicht genommen werden. Aus dem gleichen Grunde mußten auch die Dörfer vernichtet werden. In nicht geringerem Grade war die Zerstörung der Felder und Gärten der Allien und Obstbäume, die der Feind als unnötige Barbarei brandmarken will, militärisch geboten. Die feindlichen Batterien und Kolonnen durften nicht, von den gewöhnlichen Wegen ausziehend, bequem durch Felder und Wälder finden.
Nicht einen Fall unnötiger Zerstörung, nicht einen Akt von Gewalt und von Unrecht kann die Entente mit gutem Gewissen anführen. Kein Wort verlieren ihre Berichte darüber, daß eine ganze Zone unersüßlich wieder in die Hände bekommen, danken sie weiß Gott nicht der Tapferkeit und Schnelligkeit der eigenen Truppen, sondern der Unmenschlichkeit der deutschen obersten Heeresleitung, die fortwährend jeden Kampf in jener Gegend mit Rücksicht auf die in der Stadt konzentrierten Einwohner vermeidet. Nicht mit einer einzigen deutschen Granate wurde die Stadt belegt, auch als die Franzosen längst eingerückt waren.
Friedlich wurde die nicht dienstplichtige Bevölkerung zurückgelassen. Es wäre ja ein Verbrechen gegen die eigene militärische Sicherheit, wollte man dem Feinde Arbeitskräfte zuführen, die nicht weniger wertvoll sind wie Soldaten.

Der österr.-ungarische Tagesbericht.

W. W. Wien, 28. März. Amtlich wird verlautbart:
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenken keine besonderen Ereignisse.
Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.
Südlich des Nizales wurde in 3 Kilometer Breite eine russische Höhenstellung genommen und gegen drei starke Gegenangriffe behauptet. Die Deute beläuft sich auf 150 Gefangene, 3 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer. Gegen die Magyars stellt uns die Front der Feind gestern nachmittags abermals vergeblich an. In den Waldkarpathen erfolgreiche Vorfeldunternehmungen.
Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Stanislaw drang ein Stoßtrupp in die feindliche Hauptstellung ein; die Russen flüchteten. Sonst bei Lawetter geringe Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Zahl der am Stamm südlich von Viglia gefangenen genommenen Italiener hat sich auf 15 Offiziere und 100 Mann erhöht. In diesem Raum ist das Artillerie- und Minenwerferfeuer sehr lebhaft.

Südlicher Kriegsschauplatz.
An der Albanischen Front härterer Gefechtskampf. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die neue englische Blockadepolitik.

W. W. Haag, 28. März. Das Ministerium des Meeres macht bekannt, daß die britische Regierung mitgeteilt hat, daß vom 1. April an das von England für abgegrenzte Seegebiet erweitert wird. Von diesem Datum wird es mit Ausnahme der dänischen und niederländischen Territorialgewässer ein Gebiet umfassen, das folgendermaßen begrenzt ist: Im Norden durch den Parallelkreis von 56 Grad nördlicher Breite westlich von einem Punkt, der 3 Meilen von der Küste von Jütland liegt. Im Westen durch die Verbindungslinie der folgenden Punkte: 56 Gr. nördl. Breite und 6 Gr. östl. Länge, 54 Gr. 45 Min. nördl. Breite und 4 Gr. 30 Min. östl. Länge, sowie 53 Gr. 23 Min. nördl. Breite und 5 Gr. 1 Min. östl. Länge, im Süden durch die Linie, die durch den letztgenannten u. einen in 53 Gr. 25 Min. nördl. Breite u. 5 Gr. 5 Min. 5 Sek. östlicher Länge gelegenen Punkt verläuft und dann im Osten der Grenze der niederländischen Territorialgewässer folgt.

Das alte Spiel.

Präsident Wilson verliert es immer noch, uns mit Mitteln beizukommen, die er längst als untauglich erkannt haben könnte. Bei dem einen leistet ihm Neuter, wie immer, willige Hilfsdienste. Die englische Agentur meldet nämlich, eine neutrale europäische Macht verhalte offenbar in deutschem Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten Verhandlungen anzubieten. Präsident Wilson denke aber nicht daran, darauf einzugehen. Deutschland müsse erst die bekannten Bedingungen erfüllen usw. Dieses Spiel ist schon recht verbraucht. Man erfindet den deutschen Annäherungsversuch, um dann stolz erklären zu können, daß man sich auf nichts einlassen werde. Der Zweck der Übung ist natürlich der, uns wieder einmal beaufrecht zu machen, um welchen Preis wir die Gunst Amerikas erringen können und uns fühlen zu lassen, daß wir ohne diese Anpassung an amerikanische Wünsche unrettbar dem Verderben preisgegeben seien. Wir sind aber gegen derartige Künste gefeit. Von Deutschland geht sicher kein Versuch aus, den Präsidenten Wilson durch Entgegenkommen milder zu stimmen. Der Weg unserer Seefahrt ist ein für allemal vorgezeichnet und wird werden keine neutralen Sperrversuche dulden.

Bezeichnend bleibt immerhin, daß von amerikanischer Seite immer noch verhandelt wird, sich uns durch Drohungen in den Weg zu stellen. Es scheint den Regierungsmännern in Washington außerordentlich schwer zu fallen, von diesem diplomatischen Mittel Abstand zu nehmen. Sie werden sich aber doch endlich davon überzeugen müssen, daß sie sich vergeblich anstrengen. Amerikanische Drohnoten hören uns nicht mehr. Nicht etwa, als ob wir Grund hätten, die Drohungen nicht ernst zu nehmen. Wir überlassen es aber vollständig dem Präsidenten Wilson, sie wahrzunehmen, wenn er die Verantwortung dafür auf sich nehmen will.

Ein zweites Mittel, mit dem Präsident Wilson in Deutschland Eindruck zu machen versucht, ist ebenfalls schon recht alt und dumms. Nach der „Kölnischen Zeitung“ will er in dem demnächst zusammenzutretenden Kongress nicht gegen das ganze deutsche Volk auftreten, sondern einen Unterschied machen zwischen der militärischen Autokratie und dem, was er unter dem eigentlichen deutschen Volk versteht. Ob Wilson wirklich an diesen Unterschied glaubt? Er hat zwar sicher von Deutschland und deutschen Verhältnissen keine große Kenntnis, aber er weiß doch wahrlich genügend Bescheid, um das Schlagwort, das er den Engländern nachbetet, in seiner ganzen Hohlheit zu durchschauen. Er weiß ganz gewiss, daß das deutsche Volk vom ersten bis zum letzten Manne den Kampf führt, und daß die Grenzscheide, die Wilson ziehen möchte eben nur in seiner Einbildung besteht. Das Schlagwort dient ihm also wahrscheinlich nur zur Aufreißung der Leidenschaften in Amerika. Leider hat es in diesem Punkte allerdings niemals an einer schwachen Echo in Deutschland selbst gefehlt; leider hat man bei uns hier und da mit schielendem Blick nach dem Ausland politische Freiheit gefordert, damit das Ausland eine bessere Meinung von uns erhalte. Gerade in dem Augenblick, in dem Wilson an diesen Punkt rührt, fühlt sich der „Vorwärts“ veranlaßt.

Vor einem Jahr.

29. März 1916. Erstürmung von französischen Stellungen nördlich Malancourt (2000 Meter) und Eindringen in den Nordwestteil des Dorfes. — Die Russen südlich vom Karaca-See siebenmal zurückgeschlagen.

Dornenvolle Wege.

Roman von A. Wilken.

(40) (Nachdruck verboten.)
„Was los ist?“ brauste der Deutscher in seinem Unmut auf. „Du bist hier meinen ganzen Vertrauensvertrag herunter und...“
„Wart du mit Jse hier?“
„Ne, ich werde mir doch meine eigene Rede hier nicht erst einstudieren!“
„Wie sah ich eben mit einem Herrn vor der kleinen Musikantelle auf und ab gehen.“
„Da, so war sie ihm schon lange entzückt! So hätte er sich erheben hier wie ein verheerter Vater seine Liebe in die Nacht hinausgeschrien.“
„Er war wütend, rasend.“
„Was bedeutete überhaupt das? Wollte sie ihn nicht? Ja, wie denn nicht? Eine Absage, ein Noth hatte doch gar nicht in einem Programm gestanden.“
„Abgelehnt!“
„Er heft den Freund, ohne ein weiteres Wort zu verlieren, stehen, um sich irgendwo im Schatten zu verkrüppeln.“
„Aber nicht er sein.“
„Abgelehnt!“
„Er konnte seinen Antrag nach diesen Vorfällen nicht wiederholen. Ihr heimliches Davonschleichen war ein regelrechter Skandal. Sie wollte ihn, nicht ihn, den Deutscher Oswald von Euden.“
„Und was nun?“
„Gleich er.“
„Am liebsten ging er nach Hause. Wie konnte er jetzt noch sagen noch diesem Beschlag!“

Er mußte seine Schwester aufsuchen. Wenn man sagte, ihn sei unwohl geworden? Oder die Mutter sei krank? Es mußte eine Entschuldigung gefunden werden, das Fest baldmöglichst zu verlassen.
Nachdem er sich ein wenig gefast hatte, mischte er sich unter die lachende Gesellschaft.
„So, die konnten lachen! Das waren alles wohlhabende Menschen, die die Not des Lebens nicht kannten; die hatten Geld, Geld, wozu er seine Hand auch hatte ausstrecken wollen. Seine Hand blieb leer.“
„Wo, zum Henker, ist denn Adeline?“
„Er blickte sich suchend um, ging hierhin, dorthin.“
„Ah! Da ging sein prächtiges Schwesterlein bergauf am Arm des mächtigen, gefürchteten, Großkaufmanns Karl Wittenböck. Wie lebhaft die beiden plauderten, wie sie lachten!“
„Ja, lachen mußte man in einer solchen Gesellschaft, dazu war man doch hergekommen. Nicht aber, um sein Leben glück vernichtet zu sehen.“
„Oswald zog sich etwas ins Dunkel zurück und wartete, bis Karl Wittenböck seine Schwester freizäh.“
„Aber wie lange mußte er warten! Was hatten die sich denn da so endlos zu berichten? Was lachten sie? Ihm blutete das Herz, er war der Verzweiflung nahe und Adeline lachte.“
„Er gönnte es ihr nicht. Sie hatte kein Recht, fröhlich zu sein, wenn er traurig war. Wenn er vor dem Ruin stand.“
„Und er stand vor dem Ruin. Einen Ausweg wußte er nicht. So stand er mit fliegenden Büschen und bebenden Nerven und wartete.“
„Jetzt, jetzt endlich trennte man sich. Der Großkaufmann schüttelte seiner Dame die Hand, als seien sie von feher die besten, intimsten Freunde gewesen. Und dennoch hatte der gewichtige Mann sie bisher niemals auf der Rechnung gehabt. Luft war sie für ihn gewesen.“
„Jetzt schien das anders zu sein. So gut hätten seine Aktien geendet, so gut, und nun wollte sie nicht.“
„Adeline!“ riefte Oswald hinter dem ihn bedeckenden Strauch hervor.
Adeline blickte sich suchend um.
„Er trat auf sie zu.“

„Oswald, du? Und so allein?“ fragte Adeline, im höchsten Grade erstaunt. „So viel holde Weiblichkeit vorhanden und mein Bruder wendet einfache Wege!“
„Lach dein Gelpottel!“
„Aber, Oswald, was hast du?“
„Nicht so laut! Ja, du kannst lachen, hast den Alten ganz auf deine Seite gefügt. Komm mit mir, da hinten ist dunkler.“
„Jetzt durchfuhr Adeline der Gedanke: „Ne.“
„Sie hatte ihm einen Korb gegeben.“
„Wie ein Aufatmen wollte es durch ihre Brust gehen. Dann aber kam der ganze Jammer über sie, der einem Neveu von Adeline folgen mußte.“
Schweigend schritt sie an der Seite ihres Bruders weiter.
„Ich will unverzüglich fort“, flüsterte er erregt. „Kannst du nicht einen Vorwand finden, daß wir aufbrechen können?“
„Was ist dir passiert, Ossi?“
„Dumme Frage! Die alte Hute —“
„Meinst du Adeline?“
„Nun, wen denn sonst? Lach nur dein Frogen. Sie wird dir schon erzählen, wie sie mich hat abblitzen lassen. Däherlich hab ich mich gemacht! Was sagen wir?“
Adeline wußte auch nichts. Sie konnte kein Unwohlsein heucheln und wenn man Oswald etwas Derartiges andichten wollte, würde ein jeder gleich wissen, was die Glöde geschlagen. Allenfalls könnte man die Mutter vorkühnen. Ueberdies war es nicht mehr früh. Zwölf hatte es bereits geschlagen.
So verabschiedeten sich die Geschwister in Eile von Frau Doktor Risi, die sie hatten, sie bei dem Gausberrn und dem Gaurstagskinde zu entschuldigen. Sie gaben vor, es der Mutter versprochen zu haben, zeitig nach Hause zu kommen, da dies leidend sei.
„Doch wollen wir durch unseren früheren Aufbruch keine Störung in die Gesellschaftsreise bringen“, hob Adeline hervor.
„Ne, war sehr ungeschwätzt. Nicht einen Augenblick war sie allein zu gehen. Und doch brannete Paul darauf, von seiner Schwester Aufklärung über das seltsame Benehmen seines Freundes zu erhalten, obwohl er nicht fehlte, wenn er dieses in Verbindung mit einem von Jse erteilten Korb brachte.“
(Fortsetzung folgt.)

wieder solche bedauerlichen Lagen auszuweichen. Immer noch unter Ausschloßung der russischen Politik fordert das sozialdemokratische Blatt, daß wir den Vorprung, den uns Russland angeblich abgenommen hat, einholen sollten. Deutschland, so sagt das Blatt, darf in dieser Zeit nicht in den Klagen der Welt als der Staat dastehen, der in der Entwicklung seiner politischen Einrichtungen hinter allen andern zurückgeblieben ist. Wilson würde sich freuen, wenn er diesen Satz aus dem "Vorwärts" im Kongreß zitieren könnte. Er würde ihm fraglos gute Dienste leisten.

Amerika auf der Seite unserer Feinde.

() Berlin, 29. März. Telegramme in verschiedenen Morgenblättern aus den Vereinigten Staaten besagen, daß in den nächsten Tagen eine Mobilisationsordre ergehen solle, die alle Truppen nach den verschiedenen Teilen des Landes verteilen werde. Dies soll notwendig sein, da man starke Kundgebungen gegen alle Pläne Wilsons, sowie Unruhen in den Industriegegenden befürchte, wo infolge der Propaganda für oder gegen den Krieg mit Deutschland bereits das Militär die Ordnung aufrecht erhalten mußte.

Ein japanisch-amerikanischer Vertrag.

Berlin, 28. März. (Hftr. Sta.) Die japanische Zeitschrift "Dai Nippon" teilt mit, daß die japanisch-amerikanischen Verhandlungen vor dem Abschluß stehen. Japan verzichtet danach auf die von ihm besetzten Inseln Südjapans, die sich nahe an der Endstation des pazifischen Kabels befinden, hat aber Garantien verlangt und erhalten, daß diese Inseln keinesfalls mehr an Deutschland zurückfallen. Japan gibt seine Politik bezüglich des Stillen Ozeans auf und beschränkt sich darauf, sein politisches Schwergewicht der Regelung der asiatischen Verhältnisse zuzuwenden.

Diese Vorteile hat Wilson auf Kosten Chinas und auf Kosten der Vereinigten Staaten in China erkaufte. Er hat Japans Vormachtstellung in Ostasien und besonders seine Sonderstellung in China anerkannt. Japan wird Kiautschau beim Friedensschluß nicht heranzugeben, auch Ningtau nicht internationalisieren, wie es hieß, sondern seinen Anspruch auf ganz Schantung geltend machen und dieses Gebiet auch besetzen. Dadurch wird Japan die Möglichkeit erhalten, seinen Einfluß bis Peking vorzuziehen und dieses selbst wirksam militärisch zu bedrohen.

Die deutsche Seesperre.

Die "St. Louis" in Liverpool.

La. Basel, 28. März. (Hftr. Sta.) Savos berichtet aus London: Der in Liverpool eingetroffene amerikanische Passagierdampfer "St. Louis" habe 33 Passagiere, darunter 4 Frauen und 5 Kinder, an Bord gehabt. "St. Louis" war der erste amerikanische Passagierdampfer, welcher seit 1. Februar den Atlantischen Ozean durchquert hat.

Die Versenkung eines englischen Hospitalschiffes.

Berlin, 28. März. Die britische Admiralität behauptet, daß die Versenkung des britischen Hospitalschiffes "Munros" in der Nacht zum 21. März ohne Warnung erfolgt sei. Hierin wird festgestellt, daß das Schiff "Munros" auf Grund einer von der deutschen Regierung am 31. Januar d. J. erteilten Erklärung versenkt wurde. In der Erklärung hieß es:

Andererseits kann die deutsche Regierung nicht länger zusehen, daß die englische Regierung ihre Truppen- und Munitionstransporte nach dem Hauptkriegsgebiet unter dem heuchlerischen Deckmantel des roten Kreuzes ungehindert befördert, und erklärt daher, daß sie von nun an kein feindliches Lazarettschiff im Seegebiet dulden wird, das zwischen den Linien Islandborough Head und Lerschelling einerseits und Quessant und Lonsend andererseits liegt. Sollten in diesem Seegebiet nach einer angemessenen Frist noch feindliche Lazarettschiffe angetroffen werden, so würden sie als feindschiffliche angesehen und ohne weiteres angegriffen werden.

Noch dieser generellen Warnung gehörte ein Probeimut fendergleichen dazu, Verwundete, Kranke und Pflegepersonal in dem erklärten Seeräuberlande der Gefahr des Unterganges auszuweichen. Es wäre übrigens ein merkwürdiger Zufall, wenn die Engländer gerade bei dem Dampfer "Munros" von der Geistesgegenwart, Lazarettschiffe zum Transport von Truppen und Munition zu benutzen, abgewichen sein sollten. Gehen uns doch anderwärts Beweise zu, daß unsere Gegner nach wie vor ihre Hospitalschiffe zu Kriegszwecken mißbrauchen.

Die Wirkung des U-Bootkrieges in England.

L. d. N. Berlin, 28. März. Das Liverpooler "Journal of Commerce" berichtet in der "Wochenchau" aus Cardiff: Der zur Verfügung stehende Schiffstrom war knapper denn je. Erhebliche Unregelmäßigkeiten im Betrieb der Kohlenbergwerke machen sich bemerkbar. Die Statistik der Kohlenbergwerke, die im Februar still lagen, verrät den Ernst der Lage. Aus Swansea wird gemeldet, der Kohlenhandel weist nach amtlichen Mitteilungen der Eisenkammer einen gewaltigen Rückgang auf. Während 1913 der Ein- und Ausfuhrhandel im dortigen Hafen 7231250 Tonnen betrug, zeigte das Jahr 1916 eine Abnahme von nicht weniger als 2075167 Tonnen, d. h. von 20,8 Prozent. Die Schiffstrammknappheit ist in Swansea sehr stark vermindert worden. Der Handel hat durch die Frachtbeschränkungen sehr gelitten. Die gegenwärtige Lage im Swansea-Bericht ist sehr ernst. Die meisten Kohlenbergwerke arbeiten nur 3-4 Tage die Woche, da es an Schiffstramm fehlt. Nicht weniger als 18 Tage im Februar haben die Anthrazitkohlenbergwerke feiern müssen. Die Berichte aus Hull und New Castle klingen ähnlich.

"Beefly Dispatch" schreibt: Viele hoffen noch auf eine Verklammerung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Aber nach Überwindung eines strengen Winters wird es wahrscheinlich bis zur nächsten Ernte durchhalten. Dazu werden ihm die eroberten rumänischen Weizenfelder erheblich vermehrte Zufuhren bringen. Auf Deutschlands Erschöpfung ist daher nicht zu rechnen. Unsere eigene Kartoffelknappheit ist durch die deutschen U-Boote noch schlimmer geworden. Von Irland kommende Kartoffelladungen wurden kurz vor dem Hafen von Holzbohd versenkt und der patriotische Londoner hat jetzt keine Kartoffeln für seinen Garten. In 6 Wochen wird die Kartoffel von unseren Tischen verschwinden sein. Unter Brot wird im Frühling verfaulen und in der Bekaffenheit verschlechtert werden.

() London, 28. März. Die Times teilt mit, daß in Großbritannien vom 1. April bis zur neuen Ernte 150000 Tonnen Kartoffeln zur Verfügung stehen. Das ist genau die Hälfte des normalen Bedarfs.

Die holländische Neutralität.

Am Haag, 28. März. Der "Nieuwe Rotterdamse Courant" schreibt, es sei ihm gelungen, den wahren Vorgang der Ereignisse mit dem Dampfer "Prinze Melita" zu erfahren. Diese Darstellung sei von Wichtigkeit, da in der deutschen Presse wegen des Dampfers "Prinze Melita" Holland vorgeworfen worden sei, daß es durch die Nichtinternierung des Dampfers seine Neutralitätspflicht vernachlässigt habe. Nach dem "Nieuwe Rotterdamse Courant" wandte sich das bewaffnete Handelschiff "Prinze Melita", das offenbar als Probeschiff gedacht war, sobald es an die Grenze der Territorialgewässer kam, an das dort liegende niederländische Wachtschiff und fragte es, ob es so, wie es sei, in den Wasserweg eingelassen werden würde. Der Kommandant des Wachtschiffes antwortete, daß er keine Entscheidung treffen könne, daß er aber den Dampfer "Prinze Melita" nach Hoof van Holland bringen werde, damit die dortigen Behörden über den Fall entscheiden könnten. Dort angekommen, wurde dem Dampfer mitgeteilt, daß er als Fahrzeug, das auf eine Linie mit den Kriegsschiffen und den gleichgestellten Fahrzeugen zu stellen sei, nicht zugelassen werden könne, und ihm befohlen, die niederländischen Territorialgewässer sofort zu verlassen, was auch geschehen ist. Der Dampfer "Prinze Melita" war also während seines ganzen ersten Aufenthalts in den niederländischen Territorialgewässern unter niederländischer Eskorte und Bewachung. Da Schiff stand vom ersten Augenblick an unter direkter Aufsicht und es kann deshalb nicht gesagt werden, daß es gegen die Neutralitätserklärung, auf deren Verletzung nach Artikel 3 die Strafe der Internierung steht, verstoßen habe. Die Lage des Schiffes kann infolgedessen nicht mit der der deutschen U-Boote verglichen werden, die innerhalb der niederländischen Gebiete angetroffen und aufgebrochen wurden, um zu untersuchen, ob ihr Aufenthalt in dem niederländischen Rechtsgebiet einer Substanz oder einem Zustand der See zuzuschreiben sei, die sie gegen ihren Willen auf niederländisches Gebiet getrieben haben, oder aber, ob sie davon überrascht wurden, als sie sich bereits in den holländischen Territorialgewässern befanden. Wenn das erste angenommen werden konnte, würden sie freigelassen, wie z. B. ein deutsches U-Boot an der Scheldemündung, wenn nicht, so müßte die Internierung folgen, wie in dieser Rage bei "U. 80" und bei einem anderen U-Boote.

Zur Kriegslage im Westen.

() Berlin, 28. März. Die deutschen Sicherungstruppen operieren weiter so geschickt, daß die Gegner im Unklaren bleiben, ob sie es mit Nachhuten zu tun haben, oder ob sie der deutschen Hauptmacht gegenüberliegen. Die deutschen Sicherungen räumen Dorfstrassen und Stellen, um den Gegnern in den Wirkungsbereich der eigenen Artillerie zu locken, und nehmen dann in raschem Ansturm die geräumten Positionen wieder, um sie bei erneuten Angriffen wiederum freizugeben.

Zwei auf Billecafaucan von Longobesnes her anrückende englische Schwadronen wurden durch Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfire unter schweren Verlusten zur Umkehr gezwungen. Als dann die Engländer nach Artillerievorbereitung einen umfassenden Angriff mit Infanterie, vier Schwadronen und fünf Panzerkraftwagen ansetzten, wichen die deutschen Sicherungen geschickt in verschiedenen Richtungen aus, setzten sich wieder fest und brachten dem Feind durch konzentriertes Feuer stärksten Verlust bei.

An anderen Stellen wurden Angriffe schwächerer Abteilungen abgewiesen. Von einer südlich Nurlu aufgeführten Batterie wurden zwei Geschütze zum Schweigen gebracht, wie überhaupt die Bewegungen und die Unterfinde des Feindes nach wie vor durch Artilleriefire wirksam gestört werden. Ein mit schwachen Kräften östlich von Auberville unternommener Angriff trug 40 Gefangene ein und brachte den feindlichen Großen in 300 Meter Ausdehnung in deutsche Hand. Nach planmäßiger Fortführung wurde er — unerkannt und ungestört durch den Gegner — wieder geräumt. Dagegen wurden feindliche Stützpunkte, die in den Argonnen in die deutschen Stellungen zu dringen verlustlos, umgeben wieder hinausgeworfen. In der gleichen Gegend zerstörte eine Minen Sprengung die feindliche Stellung in erheblicher Ausdehnung.

Berlin, 29. März. (Nicht amtlich.) Wie der Pariser Berichterstatter des "Secolo" mitteilt, rührt die Verlangsamung des Vormarsches der Alliierten im Westen nicht nur von den wachsenden Geländeschwierigkeiten, sondern davon her, daß die Deutschen jetzt viel stärkeren Widerstand leisten und zu scharfen Gegenangriffen übergehen.

Die feindlichen Heeresberichte.

Berlin, 28. März. Feindliche Heeresberichte vom 27. März, abends. Zwischen Sonne und Drie behauptet die feindliche Artillerie, der unsere feindliche erwiderte, unsere Stellungen an der Front Roupy-Casigny-Benah, die durch unser Feuer aufgehalten wurden. Der ganze untere Wald von Couch, sowie die Döcher Petit Veris, Bernerl und Couch Stadt stellen in unsere Hand. Unsere vorgeschobenen Abteilungen erreichten einige Punkte des Westendes des Waldes von Saint Gobain und des Hochwaldes von Couch. Unsere Verluste waren im Laufe der in dieser Gegend geleisteten Kämpfe gering. In der Gegend nördlich von Solfors machten wir ernstliche Fortschritte nördlich von Neuville gegen Margival und nördlich von Reuilly. In den Argonnen gestaltete uns ein Hardtreck auf die feindlichen Linien im Val-de-Ussemit etwa 20 Gefangene zu machen. An der Front von Verdun geschickter Artilleriekampf gegen die Höhe 304 und nördlich von Gouvaux, unterbrochene Beschließung auf der übrigen Front.

Englischer Bericht vom 27. März. Vormittags vertrieb unsere Kavallerie den Feind aus den Döfern Longavesnes, Lieronant und Guancourt, die nun von unseren Truppen besetzt sind. Eine Anzahl Gefangener wurde eingeschickt. Nachts machte der Feind einen dritten Angriff auf unseren Posten nördlich von Beaumes-les-Cambray, der vorübergehend Erfolg hatte. Heute früh wurde dieser Posten von unseren Truppen wiedergewonnen und unsere Stellung wieder hergestellt.

Arbeiterbewegungen.

Großer Streik in Griechenland.

London, 28. März. Dem "Daily Telegraph" wird aus Athen vom 26. März gemeldet: Heute früh ist in sämtlichen elektrischen Zentralen von Griechenland ein Streik ausgebrochen. Die Straßenbahnen und die Eisenbahnen nach den Piräus haben ihren Dienst eingestellt. Die Zeitungen, die elektrischen Kraft gebrauch, sind nicht erschienen und verchiedene kleine Betriebe mußten geschlossen werden. In der großen Zentrale in Athen haben die Ausständigen einige Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, daß der Betrieb mit anderen Arbeitskräften fortgesetzt wird. Heute abend wird die ganze Stadt in Dunkelheit gehüllt, da die Gasfabriken wegen Kohlenmangels geschlossen werden müssen.

Vor dem Generalstreik in Spanien. Berlin, 28. März. (Nicht amtlich.) Der "Temps" meldet aus Madrid: Die Arbeiterdelegierten erklärten in einer Versammlung den Generalstreik. Die Madrider Sektion

widersteht sich, eine Einigung sei bisher nicht erzielt worden, doch hoffe Romanones, die Arbeiterklassen werden davon zurückweichen, schwere Störungen im Wirtschaftsleben hervor-zurufen.

Lohnforderungen der französischen Bergarbeiter.

Berlin, 29. März. (Nicht amtlich.) Später Mittern zufolge, begaben sich die Delegierten der französischen Bergarbeiter, die am Montag in Paris zu einem Kongreß zusammengetreten sind, zum Minister Thomas, dem sie eine Forderung auf Gehaltserhöhung um 10 bis 20 Proz. unterbreiteten. Es sei den Arbeitern unmöglich, angesichts der bis zu 75 Proz. betragenden Lebensmittelerhöhung zu den bisherigen Lohnbedingungen weiter zu arbeiten. Die Delegierten lehnten namens der ganzen Arbeiterklasse die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenpreise ab, die nur auf die Preistreibereien der Bergwerksbesitzer und Großindustriellen zurückzuführen seien. Die Abordnung begab sich alsdann zum Arbeitsministerium, wo sie die gleichen Wünsche vorbrag.

Steuerfragen vor dem Reichstag.

Berlin, 28. März.

Am Bundesratstag: Graf Adern. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung 1 Uhr 26. Die zweite Beratung der Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs wird fortgesetzt.

Zu Par. 1 beantragen die Sozialdemokraten die Streichung des 2. Absatzes, der auch die elektrischen Bahnen in die Steuer einbezieht.

Abg. Schiele (Konf.): Wir stimmen angesichts der Notlage des Reiches der Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs zu. Wie soll es möglich sein, die für das Reich notwendigen etwa 6 Milliarden Reich durch direkte Steuern aufzubringen. Das würde eine Kontribution des Untertanentums bedeuten, wie er in den letzten Friedensjahren vorhanden war. Darunter würde natürlich in erster Linie die Arbeiterklasse leiden. Die Verkehrssteuer wird in Friedenszeiten in Verbindung mit den Bundesstaaten unangebracht sein. Die noch bestehenden Steuern wie das langgestreckte Pommern werden mehr unter der Verkehrssteuer leiden als die Süddeutschen. Besonders belastet werden die schon jetzt schuldig rentierenden Kleinrentner, denen künftig das Lohnautomat empfindliche Konkurrenz machen wird. Bei der zu erwartenden Abänderung in die 4. Wagenklasse ist deren Besteuerung durchaus gerecht. Der Verkehrsbetrieb bei Omnibus-Druck- und Postverkehr muß frei bleiben bei den unersetzlichen Kosten der Wartung, der Kraftstoffe, der Reparaturen und der Abgabe für Klein- und Nebenbetriebskosten. Eine künftige Tarifreform muß die Befriedigung und Wohnungsverhältnisse im Interesse der Dezentralisation der Großstädte berücksichtigen.

Abg. Müller-Juda (Ztr.): Ich bitte um Annahme der Vorlage in der Kommissionsfassung.

Abg. List-Schilling (nat.): Wir stimmen nicht lediglich gegen die Verkehrssteuer zu. Die Anzucht des Reiches bringt uns zu indirekten Steuern. Mit dieser Besteuerung des Verkehrs mag es sein Bewenden haben. Die jetzige Abgabe ist aber nicht zu umgehen. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, auch des letzten Arbeiters, hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verbessert. Auf die Besteuerung des Verkehrs können wir nicht verzichten. Die Freilassung der Postarten bis zu einer gewissen Grenze von der Steuer bringt immer Bösen für die nächste Generation. Von einer Befreiung des Verkehrs muß Abstand genommen werden.

Abg. Lic. Mumm (D. F.): befürwortet einen Antrag durch einen besonderen Paragraphen, Fahrkarten bis zum Preise von 35 Pfennig und Zeitkarten, bei denen der Preis der Eisenbahnfahrt 35 Pfennig höchstens beträgt, von der Steuer frei zu lassen.

Staatssekretär Graf Adern: Ich bitte, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu lassen. Die Steuererhöhung sollen nur mit 12 statt mit 13 Prozent herangezogen werden, was einen Anfall von 17 Millionen Mark bedeutet. Auch soll diese Besteuerung erst bei der Tarifreform eintreten. Dem Verkehrsunternehmen bleibt unbenommen, die Steuer bei der neuen Tarifreform zu verteilen. Sobald die Tarifreform in der Lage ist, wird das auch wegen der Gestaltung der Postgebühren notwendige 2/3 Pf. Stück geprägt werden. In absehbarer Zeit wird an eine Revision dieser Vorlage nicht heranzugehen werden.

Ministerialdirektor Franke: An eine grundlegende Tarifreform kann erst nach Friedensschluß herangezogen werden. Bei den Streikverboten darf nur ein Aufschlag genommen werden, der der Steuer entspricht.

Abg. Stolle (S. N. S.): Trotzdem die Arbeiterparteien Steuerfrei bleiben, werden die Arbeiter und die minderbemittelte Bevölkerung von der Steuer besonders getroffen.

Abg. Kell (Soz.): Wir erwarten, daß die preussische Eisenbahnverwaltung im Krieg eine Tarifänderung nicht vornimmt. Die Automobilindustriellen müssen aus den gleichen Gründen Steuerfrei bleiben, wie die elektrischen Schnellbahnen. Wir beantragen, Fahrkarten bis zu 30 Pf. steuerfrei zu lassen.

Damit schließt die Aussprache.

Par. 1 wird unter Ablehnung der Anträge angenommen.

Par. 2 Güterverkehr.

Par. 3 enthält die von der Abgabe freigelassenen Fahrkarten. Eine Aussprache findet nicht statt.

Bei der Abstimmung über den Antrag Mumm: Freilassung der Fahrkarten bis 35 Pf. bleibt das Ergebnis zweifelhaft.

Der Antrag wird im Hainmehring mit 119 gegen 118 Stimmen angenommen.

Mit dieser Änderung wird Par. 3 angenommen.

Die nächsten Paragraphen werden unverändert angenommen.

Zu Par. 3a Frachtfurdenstempel empfiehl.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.): einen Kompromißantrag, der die Rückvergütung der Steuer vorschlägt, sobald die Güter von der Eisenbahn zur Wasserbeförderung und von dort wieder auf die Eisenbahn angeladen werden.

Der Antrag wird ohne Aussprache angenommen, ebenso das Rest der Vorlage.

Es folgt die Kohlensteuer.

Abg. Wolf (Soz.): empfiehl einen Antrag, der die Preiserhöhung für Kohlen über den Stand vom 15. Februar 1917 namentlich für Hausbrandkohlen Steuerfrei lassen will. Der Redner führte aus: Die Kohle, die schon um 40 Prozent im Preise gestiegen ist, würde um weitere 20 Prozent steigen. Das ist zuviel. Jeder Haushalt wird empfindlich dadurch belastet, und die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, die einen großen Kohlenverbrauch haben, werden geradezu zu einer Preiserhöhung aufgefordert. Eine Erhöhung dieser wichtigen Kräfte belastet jeden Hausstand auf neue. Durch die Kohlensteuer wird das Reich, insbesondere durch seinen großen Kohlenverbrauch bei der Marine, stark belastet. Wie soll ferner ein Vater, der an Höchstpreise gebunden ist, eine Verzeuerung der Kohlen ausgleichen? Der finanzielle Effekt der Steuer wird nicht derartig sein, daß der Etat damit balanciert werden kann. Das Reich soll wenigstens den Bereich überwinden, damit die vielen Zwischenstellen zwischen Erzeuger und Verbraucher ausgeschaltet werden. Man merkt von dieser Steuer nichts von dem Geist der Neuorientierung. Wir lehnen die Steuer ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Säge (nat.): Wir werden der Steuer zustimmen, wie sie aus der Kommission gekommen ist. Wir hoffen, daß die Kohlensteuer noch der vorgelegenen dreijährigen Geltungsdauer wieder verschwindet. Hoffentlich beansucht sie die Industrie, die Kohlen mehr als bisher auszunutzen.

Dr. Pfleger (Str.): Der sozialdemokratische Antrag, der den Gemeinden den Bezug der Gasbrände aufzulegen will, ist für uns unannehmbar. Den Gemeinden wollen wir nicht aufbürden.

Abg. Gothein (B. W.): Die Kohlensteuer läßt sich nicht umgehen. Einen beträchtlichen Teil der Steuer trägt das Ausland. Ohne eine Verteuerung der Kohlen könnte auch ein Kohlenmonopol nicht größere Einnahmen bringen. Auch gegen ein Kohlenmonopol bestehen Bedenken. Die Gewinn der Untergesellschaften der Kohlengruben werden vom Gesetz in den Grubenpreis einbezogen. Auch England, außer Deutschland das einzige Kohlen ausführende Land, führt jetzt die Kohlensteuer ein. Ich bitte, den Vorschlag der Kommission zu streichen, wonach die Steuer für aus Braunkohlen hergestellte Braunkohlen 15 Prozent betragen soll. Dies würde eine Preissteigerung an die Gruben von 10 Millionen Mark bedeuten.

Abg. Wildgrube (konf.): Die dreijährige Befristung des Gesetzes ist annehmbar. Wir hoffen, daß die finanziellen Verhältnisse des Reichs durch eine Kriegsentlastung bald besser werden. Nach dem Krieg muß eine grundlegende Steuerreform kommen. Für die Kohlensteuer spricht ihre Ertragskraft und die leichte Erhebung. Ein Monopol ist abzulehnen. Das Kohlenmonopol hat alles getan, um eine vernünftige, volkswirtschaftlich richtige Preispolitik zu machen. Die neue Steuer wird wieder die Familien, noch die gewerblichen Betriebe übermäßig belasten. Die Mehreinnahme für eine vierköpfige Familie wird jährlich 5-7 M. ausmachen. Das Brot wird um noch nicht eine halben Pfennig verteuert werden.

Abg. Fente (Soz. A. G.): Wir lehnen die Kohlensteuer ab, was auch die sozialdemokratische Arbeit tun müßte, wenn ihr Antrag abgelehnt würde.

Abg. Bosl (Soz.): Ich empfehle für den sozialdemokratischen Antrag ein, der nur die Werte befristet, wenn die Gemeinden zu niedrigen Preisen Kohlen zu liefern.

Die Par. 1-5 des Gesetzes werden angenommen. Zu Par. 6 Hausbrandkohle erklärt.

Abg. Huch (Soz.): Unser Antrag will verhindern, daß bei der Bekämpfung der Bevölkerung, namentlich der arbeitenden, die Hausbrandkohle noch weiter verteuert wird. Der Kohlenhandel darf nicht profitabel gemacht werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und der erste Absatz des Par. 6 angenommen.

Der Antrag, daß aus Braunkohlen hergestellte Braunkohle mit 15 Prozent verteuert werden soll, wird im Gesamtergebnis mit 111 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Der so gestellte Par. 3 wird angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

Damit ist die zweite Lesung der Steuervorlage erledigt. Abg. Scheidemann (Soz.): Wir werden unseren heute abgelehnten Antrag bei der dritten Lesung wieder einbringen und namentlich die Abstimmung beantragen.

Darauf tritt die Beratung auf Donnerstag 11 Uhr ein. Notet, dritte Lesung der Steuervorlage, Etat des Reichsanwalts und des Auswärtigen Amts. Schluß 8 Uhr.

Vertrauliche Sitzung beim Reichskanzler. Berlin, 29. März. Wie das „B. L.“ mitteilt, sind gestern, Mittwoch Abend sämtliche Führer der Reichstagsfraktionen beim Reichskanzler zu vertraulichen Besprechungen eingeladen gewesen. Wie verlautet, wird der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Reichstags nicht gleich zu Wort sprechen, sondern erst im Laufe der Debatte das Wort nehmen.

Politische Neuordnung. Berlin, 29. März. Dem Reichstag ist folgender Antrag überbracht und demselben zugegangen, der Reichstag solle beschließen, einen Ausschuss einzusetzen zur Vorbereitung von Reformen, die auf die politische Neuordnung im deutschen Reich abzielen. Diesem Ausschuss sind die im Reichstag eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen.

Vom Ausschuss für Bevölkerungspolitik. Berlin, 28. März. Der Ausschuss des Reichstags für Bevölkerungspolitik setzte heute seine Beratungen über den Antrag für Mutter- und Kindfürsorge fort. Den Verhandlungen wohnte Frau Lüders als Vertreterin des Reichstags bei. Bei diesem Anlaß wies der Vorsitzende darauf hin, daß zum ersten Male eine Dame als Vertreterin einer Behörde in einem Ausschuss des Reichstags erschienen sei. In der Erörterung schilderte Frau Lüders ihre Erfahrungen über die Lage der im Bauwesen beschäftigten Frauen.

Die Revolution in Russland.

Rundgebungen in Petersburg. London, 29. März. (Nicht amtlich.) „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg vom Sonntag: Heute, am 2. Sonntag nach der Revolution war der Neuschnee-Propaganda besetzt von Aufzügen, die rote Fahnen mit allerlei Aufschriften mit sich führten. Das Kommando der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten hatten die Aufzüge. Weg mit dem Krieg! verboten. Auch das Moskowskij Regiment, das vor 14 Tagen das Zeichen zum Aufstand gab, marschierte vorüber. Die Haltung des Regiments, das durch die revolutionären Vorgänge wohl stark beeinflusst war, hatte Anlaß zu Beforgnis gegeben. Heute rückten drei Kompanien in vorbildlicher Ordnung aus und marschierten nach der Duma. Auf der Duma konnte man lesen: Es lebe die provisorische Regierung! Krieg bis zum Ende! Macht Granaten! Die Reden, die in der Duma gehalten wurden, schienen die Soldaten zu überzeugen. Sie schrien schließlich einen Wahner, der sich für die Beendigung des Krieges aussprach, nieder. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ glaubt, daß die Stellung der provisorischen Regierung sich gefestigt hat.

Berlin, 29. März. (Nicht amtlich.) Die Petersburger Telegramm-Agentur meldet: Das Wolhynski-Regiment, dessen Eingreifen zugunsten des Hofes das Schicksal der Revolution entschieden hat, hat eine eindrucksvolle Kundgebung für den Krieg veranstaltet. Der Grundgedanke eines bis zum vollkommenen Sieg fortgeführten Krieges, der in beiden letzten Tagen einmütig zum Ausdruck gebracht worden sei, lasse keinen Zweifel über die Absichten der Armee und des Volkes, die Eroberung der inneren Freiheit durch den Sieg zu stiften. Selbst die radikalen Elemente unter den Arbeitern bekräftigten, die die Agentur behauptet, diese Motive nicht höchstens mit dem Unterschied, daß sie keine Amerikaner erkräften. Von der Frontfront zurückgekehrte Volkstribunen hätten mitgeteilt, die Soldaten seien fast entschlossen, seinen Fußtritt des nationalen Wahns anzugeben. Aus Revol und Sebastopol werde berichtet, die Einigkeit unter den Mitgliedern der Flotte sei fester als jemals. Zeitungsmeldungen zufolge soll das Gerücht über Abweichungen in der Dittschelotte übertrieben sein. Man habe nur 32 Duffer gezählt. Alle Schiffe der Flotte seien völlig bereit, gegen den Feind zu kämpfen.

Der Petersburger Arbeiterrat. Berlin, 29. März. Der Petersburger Arbeiterrat gewann, wie der „B. L.“ berichtet, einen bedeutenden Zuwachs infolge des Anrückens sämtlicher Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten. Den Anlaß zu dieser Loslösung von der Regierung hat das Verbot des Kriegsministeriums gegeben, sozialistische Antritte an die Front zu befördern.

Rücktritt des heiligen Synod. — Kundgebungen der Fremdvölker. Rotterdam, 29. März. (Nicht amtlich.) „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: In den Großstädten ist die Nationalisierung eingeführt worden. Das Blatt meldet weiter, daß der heilige Synod in seiner Gesamtheit zurückgetreten ist, und daß der neue alsbald gewählt werden solle. Seine Aufgabe werde sein, einen Kirchenrat zusammenzusetzen, der über die dringenden Probleme einer Reform der Kirche beratschlagen soll. Aus allen fremdvölkischen Bevölkerungsteilen in Russland ergeben, wie das Blatt sich dann melden läßt, begeisterte Kundgebungen an die neue Regierung besonders von den Armeniern, den Mohammedanern im Kaukasus (??) Den Engländern, den Letten und den Ukrainern (??) Die jüdischen Blätter, die zwei Jahre lang unterdrückt waren, begannen wieder zu erscheinen.

Ein Sonderauschuss der Arbeiter- und Soldatenkomitees. Wien, 28. März. (Nicht amtlich.) Der Wiener Republikaner- und Soldatenkomitees beschloßen, einen Sonderauschuss zur engeren Verbindung mit der provisorischen Regierung zu ernennen.

Die Stimmung im Heer. Berlin, 29. März. Der russische Stabschef, dessen Meinungen über die Verhältnisse im Offizierskorps der Armee gestern berichtet wurden, sprach sich laut „Volklicher Zeitung“, über die Stellung des russischen gemeinen Soldaten gegenüber der neuen Lage dahin aus, er habe in zahlreichen Versammlungen in verschiedenen Teilen des Reichs sich mit vielen Soldaten unterhalten. Er könne nur das eine sagen, mit ihnen werde die derzeitige Regierung nicht fertig. Es werde bei ihnen eine unzulängliche Art gegen das jetzige Regime und deren Führern.

General Anski — der kommende Generalissimus? Berlin, 29. März. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Genf mitgeteilt wird, meldet das „Echo de Paris“, General Anski, der als erster sich rückhaltlos der Umsturzarmee angeschlossen hatte, werde allen Bewerbungen um den Posten eines Generalissimus vorgezogen. Es sei noch nicht aufgeföhrt, ob Alexejew sich ihm unterordnen, oder den Abschied nehmen werde.

Großfürst Nikolai über die Lage. Berlin, 29. März. Der im russischen Hauptquartier weilende Großfürst Nikolai Nikolajewitsch soll sich gegenüber französischen Offizieren sehr ungünstig über den Ausgang der Revolution ausgesprochen und die Meinung vertreten haben, daß, wenn die Alliierten tatkräftig auf den Rücken gebracht hätten, die Einigkeit zwischen den sich bekämpfenden Parteien hätte erzielt werden können.

Anarchistische Zustände in Dorpat. London, 28. März. „Times“ melden aus Riga, daß die Berichte aus Dorpat wenig befriedigend sind. Die dortigen Revolutionäre haben eine eigene Miliz und eine eigene provisorische Regierung gebildet, die sich um die Beschlüsse der russischen Miliz und der provisorischen Regierung in Petersburg nicht kümmert. Es ist infolge dessen ein Zustand von Anarchie entstanden, der zu Blutvergießen und zu Zerstörungen von Eigentum führte.

Ein Indizienfall an der finnisch-schwedischen Grenze. Berlin, 29. März. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, teilen finnische Zeitungen mit, daß an der finnisch-schwedischen Grenze ein Zusammenstoß zwischen sechs finnischen Flüchtlingen und russischen Soldaten stattgefunden habe, wobei ein Finne getötet worden sei.

Aus dem Großherzogtum.

Unfälle Nachrichten. Der Großherzog hat dem Stadtrichter Karl Fortsch in Rorschach den Verdienstkreuz vom Ähringer Löwen verliehen.

Der Großherzog hat den Landgerichtsrat Dr. Karl Heine in Mannheim unter Erhebung von seinem Amt als Vorsitzender einer Kommission für Handelsgesetz beim Landgericht Mannheim zum Oberlandesgerichtsrat und den Amtsrichter Dr. August Ulrich in Mannheim zum Landrichter ernannt.

Der Großherzog hat den zweiten Beamten beim Kreisgericht Mannheim, Schulkommissar Friedrich Kemm in gleicher Eigenschaft zum Kreisgerichtsrat ernannt.

Die Großherzogliche Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus hat den Kulturmeister Gustav Stengler bei Groß. Kulturinspektion Freiburg zum Bauinspektor ernannt.

Mannheim, 29. März. Die Badische Anilin- und Sodafabrik wird im Laufe der nächsten Zeit neben ihren vielen anderen Anlageneinrichtungen auch ein großes Warenlagerhaus einrichten, um den Absatzbeständen und Arbeiter den zuverläßigen, geregelten und möglichst billigen Einkauf von Waren zu sichern. Am 1. April d. J. tritt für die Fabrik auf eine eigene Lebensmittel-Verteilungsstelle für die Arbeiter in Kraft.

Heidelberg, 29. März. Der Aufsichtsrat der Portlandzementwerke Heidelberg und Mannheim A. G. schlägt der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. im Vorjahr 4 Proz. vor.

Stuttgart, 29. März. Beim Elektrizitätswerk wurde ein 17 Zentner umfänglicher Kartoffelborst aufgefunden, den dort eine kleine Einwohnerin eingekauft hatte.

Aus der Residenz.

Nachruhe, 29. März 1917. Der Sommerurlaub der Beamten. Auch in diesem Sommer wird den Staatsbeamten der Beurlaubung des üblichen Urlaubs bewilligt werden. Nur diejenigen Beamten, welche durch die Kriegswirtschaftsmaßnahmen sehr in Anspruch genommen sind, erhalten vier Wochen Urlaub.

Wichtige Adressierung von Gesuchen in militärischen Angelegenheiten. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Angehörige von in den Dienst eingetretene Mannschaften sich zur Erlangung der reichsgerichtlichen Familienunterstützung an das stellv. Generalkommando oder an sonstige militärische Dienststellen wenden. Die militärischen Dienststellen haben aber mit der Vergabe dieser Unterstützungen und ebenso mit Miet- und Bodenbesitzungen nichts zu tun. Solche Anträge sind vielmehr bei den Gemeindebehörden zu stellen. Ebenso geben beim stellv. Gen.-Kom. folgende, zum Teil durch Vermittlung der Bürgermeisterämter, Gesuche von Angehörigen Kriegsgefangener oder Vermisster um Bewilligung der Löhnung ein. Kass den bestehenden Bestimmungen geschieht die Bewilligung der in Frage stehenden Löhnung oder eines Teils derselben nur durch den Kommandeur des Truppendeils (Bataillons- bzw. Regimentskommandeur), bei welchem der in Kriegsgefangenschaft Geratene oder Vermisste zuletzt gestanden hat. Das stellv. Gen.-Kom. hat auf Bewilligung der Löhnung keine Einwirkung. Derartige Gesuche sind deshalb an den betreffenden Truppendeil oder zweckmäßigerweise, wegen der notwendigen Bewilligungen bei den Zivilbehörden, an das örtlich zuständige Bezirkskommando oder den Ersatztruppendeil zu richten. Es liegt im eigenen Interesse der Gesuchsteller, bei der Einreichung eines Antrages oder einer Bekwerbe sich zunächst an die zuständige Stelle zu wenden.

Gemüsebau in Kriegzeiten. Zur Sicherung der Volksernährung ist es dringend notwendig, jedes Stück Land so gut als möglich auszunutzen; durch richtige Bepflanzung und sorgfältige Pflege kann der Ertrag der Gärten ganz wesentlich gesteigert werden. Es ist wichtig, daß jede Arbeit gründlich und zur rechten Zeit ausgeführt wird. Der Karlsruher Hausfrauenbund gibt den Gartenbesitzern Gelegenheit, sich über die jeweils notwendige Arbeit zu unterrichten durch Gartenbaukurse die unter Leitung eines städtischen Gärtners jeden Mittwoch Nachmittags von 2 bis 5 Uhr im städtischen Gemüsegarten in der Wiesenstraße (hinter dem städtischen Kinderheim) abgehalten werden. Durch regelmäßigen Besuch dieses Unterrichts wird es möglich sein, eine wesentlich größere Ernte aus den Gärten zu erzielen.

Letzte Drahtberichte.

Maßnahmen gegen den Biermangel in München. Im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Generalkommando in München werden die Münchener Brauereien, wie dem „Berliner Tageblatt“ von dort gemeldet wird, um den Biermangel abzuwehren, zunächst ein Viertel ihres Mostkontingents zur Herstellung von Dünabier, sogenanntem Sädps, mit einem Stammwürzgehalt von 3,5 bis 4 Proz. verwendet. Der Mostkontingents darf 2/3 nicht übersteigen. Diese Verfügung tritt am 21. April in Kraft und soll später auch auf ganz Bayern ausgedehnt werden.

Selbstmord eines Majorstüters. München, 27. März. Aus Rördlingen (Württemberg) wird berichtet, daß sich der in die Reichsheere verweidete Major Fabrikant Robert Heimlich erschossen hat. Das ist der zweite Selbstmord in dieser aufsehenerregenden Angelegenheit.

Starke Erregung in der französischen Kammer. Wien, 28. März. Wiener Blätter melden aus Paris: In der gestrigen Kammer Sitzung erinnerte der Berichterstatter Ferry in Betreff der Notwendigkeit der Einberufung der Jahresklasse 1918 daran, daß in Oesterreich-Ungarn bereits die Jahresklasse 1919 einberufen sei. Admiral Benjamine schlug vor, die Rekrutierung der wahlberechtigten Eingeborenen Madagaskars durchzuführen. Der Kriegsminister erklärte, das Oberkommando sei damit einverstanden, daß die Akerbauern von 1918 erst am 1. Mai einberufen würden, obgleich dies für die Instruktionperiode eine schwere Störung darstelle. Es sei unzulässig, einen späteren Zeitpunkt anzusehen. Er müsse sonst die Vertrauensfrage stellen. Brizon rief dem Kriegsminister zu: „Sie werden in Frankreich eine Hungersnot herbeiführen!“ was zu lebhaften Protestrufen und zu einem Tumult besonders auf der Rechten Anlaß gab. Painleve betonte, die Frage der gemaintenen Kräfteanstrengungen unter den Alliierten sei äußerst heikel, was man bei den diesbezüglichen Erörterungen in Erwägung ziehen müsse. Hier griff Ribot ein und sagte, der Kriegsminister müsse, was er dem Lande schuldig sei. Das ganze Kabinett erklärte sich mit Painleve solidarisch. Der von der Regierung beauftragte Zusatzantrag Einberufung wegen späterer Einberufung der Akerbauern wurde daraufhin mit 347 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Brizon forderte, die Akerbauern sollten erst am 1. November 1917 in die Kampfvereine einberufen werden unter der Bedingung, daß sie bis dahin ausschließlich landwirtschaftliche Arbeiten verrichteten. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein anderer Antrag Brizons, der die Freilassung der Klassen 1890/91 der Territorialarmee forderte. Brizon erklärte: Die Regierung versteht es nicht, Generolen zu befehlen. Painleve und Ribot protestierten heftig. Brizon rief sodann noch, wenn man schon dabei sei, solle man alle Jahresklassen bis 1925 einberufen. Unter lebhaften Erregung verlagte sich sodann die Kammer auf Mittwoch.

Westhweizerische Proteste gegen die Verschickung von Zivilpersonen in Belgien und Frankreich. Berlin, 29. März. Der Schweizerische Nationalrat hat laut „Nöln. Hg.“ sich heute mit dem Vorschlag der Kantone Basch, Genf und Neuenburg und einem von 150000 Reichswehrgenossen unterschriebenen Gesuch befaßt, die Bundesversammlung solle den Bundesrat einladen, gegen die Masseneverschickungen von Zivilpersonen in den von den Deutschen besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens Einspruch zu erheben. Für den parlamentarischen Ausschuss beantragte Dr. Reber-Jürich die Ablehnung des Gesuchs, wobei er betonte, ein richtiges Urteil aus diesen Vorgängen zu fällen, sei fernverliehen nicht möglich. Die Schweiz habe keineswegs die Pflicht, als Vertragskontinentin gegen Verschickungen der Haager Konventionen Einspruch zu erheben. Auch eine moralische Verpflichtung bestehe nicht. Die Bestimmungen der Haager Konvention seien übrigens von beiden kriegsführenden Parteien verletzt worden.

Ein Kinderbeil der Ausschusses, gebildet aus westhweizerischen Vertretern, forderte Gutherhaltung des westhweizerischen Vorgehens, das weiter von dem Tessiner Bossi unterstützt wurde, der gleichzeitig über die von den deutschen Truppen anlässlich ihres Rückzuges im Westen separaten „Retrievalungen“ Einspruch erhob. Die Erörterung ist noch nicht beendet.

Ministerwechsel in Schweden?

Berlin, 29. März. Aus Stockholm wird dem „B. L.“ gemeldet, aus guter Quelle verlautet, daß der Rücktritt des Gesamtministeriums Hammarströms als unmittelbar bevorstehend gelte. Das neue Kabinett, dessen Berufung wahrscheinlich morgen offiziell erfolgen werde, dürfte nach zuverlässigen Informationen keine Veränderungen der bisher während des Krieges befolgten Politik Schwedens herbeiführen. Als Ministerpräsident ist Universitätskanzler Karl Swarth und als Minister des Äußeren der Gesandte in Christiania, Freiherr von Kamel in Aussicht genommen.

Aus den Standsbüchern der Stadt Karlsruhe.

20. März: Josef Sebastian, R. Huber Gattner, Landwirt. — 21. März: Friedrich, R. Böh. Lang, Gärtner. — 22. März: Paula Maria, R. Phil. Obrichter, Schlosser; Elisabeth Wilhelmine Anna, R. Friedrich Delphinger, Buchbinder; Ludwig Heier, Gelmt. R. Ludw. Lahr, Friseur. — 23. März: Irma, R. Adolf Knobloch, Maurer; Heinrich Adolf, R. Heinrich Landwehr, Tagelöhner. — 24. März: Margarete, R. Friedrich Schmidt, Schlosser; Martha Karoline, R. Josef Schwager, Metzger; Anton, Josef, R. Anton Käfer, Schaffner. — 25. März: Josefina Maria, R. Alb. Rump, Installateur; Gertrud Karola Margareta, R. Erich Heng, Buchbinder; Anna Maria, R. Henri Schweizer, Gesangslehrer. — 26. März: Martin Edwin, R. Robert Schmidt, Schlosser. — 27. März: Gertrud Marie, R. Robert Fennsch, Handlungsgehilfe.

Todesfälle. 26. März: Alois Deß, Postkassierer, geb. 19. J.; Pauline, 11. J. R. Josef Reber, Direktor an der Hochschule; Richard Reichert, Buchhändler, Chem., 38. J.; Emma Krumbiel, 68. J., Witwe von Heinrich Krumbiel, Professor. — 27. März: Marie Schaub, 25. J., Fabrikarbeiterin, ledig; Adolf Wagemann, Kaufmann, Witwer, 46. J.; Katharina Antener, 70. J., Witwe von Ernst Antener, Gerichtsvollzieher; Aurel Heiser, Milchhändler, Witwer, 73. J.; Josef Wendle, Dipl.-Ing., Chemann, 42. J.; Franz Hoff, Metzger, Chemann, 40. J.

